

FIGUS-FORSCHUNGSPAPIER

Analyse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025

Autorinnen: Nora Wisniowski, Pia Rettig, Prof. Dr. Clarissa Kurscheid

Stand: 22.01.2025 (2. aktualisierte Fassung)



Inhaltsverzeichnis

1. Analyse der Herausforderungen und programmatische Kritik	3
2. Quick Check: Analyse der Partei-Positionen und deren Gemeinsamkeiten	5
3. Detaillierte Übersicht zu den Wahlkampfthemen im Gesundheitswesen	7
(Ambulante) Gesundheitsversorgung und Zugang zu Leistungen	7
Stationäre Versorgung und Krankenhausreform.....	8
Pfleger- und Gesundheitsberufe	9
Pflege	10
Gesundheitspolitik und Finanzierung.....	11
Prävention, öffentliche Gesundheit und mentale Gesundheit	12
Digitalisierung im Gesundheitswesen	13
Pharmazie und Arzneimittel.....	14
4. Fazit zu gesundheitspolitischen Vorhaben aus den Wahlprogrammen	15
5. Links zu den Wahlprogrammen	18

1. Analyse der Herausforderungen und programmatische Kritik

Problemaufriss und Herausforderungen

Das deutsche Gesundheitswesen steht vor einem umfassenden Reformbedarf, der durch eine Vielzahl nicht abgeschlossener Baustellen aus der aktuellen Legislaturperiode deutlich wird. Zwar wurde die Krankenhausreform angestoßen, jedoch bleibt sie hinter den Erwartungen zurück und bedarf erheblicher Verbesserungen, um sektorenübergreifend Versorgungsbedarfe zu decken. Gleiches gilt für die kritische Finanzlage in der Pflege, die die bisherigen Maßnahmen nicht entschärfen konnten. Hinzu kommt ein eklatanter Reformstau zu den im Koalitionsvertrag genannten Vorhaben. Wichtige Schritte wie die Kompetenzerweiterung in der Pflege, einheitliche Regelungen für Ausbildungs- und Einsatzstandards sowie die Förderung von Akademisierung und Professionalisierung in den Gesundheitsberufen wurden nicht umgesetzt. Die ausstehende Reform der Notfallversorgung konnte nicht mehr verabschiedet werden. Auch in der ambulanten Versorgung bleiben bereits angestoßene Vorhaben, wie die Umsetzung der Gesundheitsregionen und die Entbudgetierung von Hausärzt:innen, aus. Darüber hinaus fehlen eine konsequente Resilienzstrategie für das Gesundheitssystem wie auch die angestrebte Stärkung von Prävention und öffentlicher Gesundheit u. a. durch die Errichtung des BIPAM.

Verschärft wird diese Situation durch die zunehmenden wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Kosten für die Krankenversicherung steigen kontinuierlich, was zu einem Rekordbeitrag der Lohnnebenkosten führt, der mittlerweile 42,3 % des Bruttolohns ausmacht¹. Die durchschnittlichen Zusatzbeiträge der Krankenkassen liegen bei 17,5 Prozentpunkten, ohne dass die langfristige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) als gesichert angesehen werden kann. Vor diesem Hintergrund muss auch die Finanzierung zukünftiger Reformvorhaben stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Ob Mehrkosten über Versichertengelder (und damit durch Beitragserhöhungen), durch Leistungskürzungen oder durch zusätzliche Steuermittel finanziert werden sollen, ist letztlich eine gesamtgesellschaftlich zu diskutierende Frage.

¹ Tagesschau 02.01.2025: "Lohnnebenkosten steigen auf Rekordhoch". Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/lohnnebenkosten-rekordhoch-krankenkassenbeitraege-100.html>, zuletzt abgerufen am 06.01.2025.

Kritik an den Wahlprogrammen

Die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl bieten bislang keine ausreichenden Antworten auf die zentralen Probleme des Gesundheitssystems. Wichtige Themen wie die langfristige Sicherstellung der Finanzierung, die Gewinnung und Bindung von Fachkräften und der Bürokratieabbau werden entweder nur oberflächlich angesprochen oder gar nicht adressiert. Die Digitalisierung, eine notwendige Voraussetzung für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung, wird vielfach ohne konkrete, praktikable Ansätze thematisiert. Während die Pflege in den Programmen breiten Raum einnimmt, werden andere Gesundheitsberufe nur im Wahlprogramm von Volt explizit berücksichtigt und ansonsten kaum benannt. Das Wahlprogramm von Volt bildet auch sonst eine Ausnahme, da sie sich eine ambitionierte Neugestaltung des GKV-Systems nach dem Prinzip der Genossenschaften wagen².

Grundsätzlich fehlt es den Wahlprogrammen an Realismus: Finanzierungsforderungen werden aufgestellt, ohne aufzuzeigen, woher die benötigten Mittel kommen sollen. Beispiele wie die Idee eines vollständigen Lohnausgleichs für pflegende Angehörige (Die Linke) oder die Freistellung für Pflegeleistungen bei vollem Gehalt (Bündnis 90/ Die Grünen) erscheinen utopisch. Die Idee einer Bürgerversicherung wird in den Raum gestellt, ohne jedoch aufzuzeigen, wie diese unter den vorhandenen Rahmenbedingungen umgesetzt werden soll. Offen bleibt auch, wie in einer Bürgerversicherung das Gesundheitswesen zukünftig nachhaltig finanziert werden soll. Eine mutige Neustrukturierung des Systems, etwa durch die Zusammenlegung von SGB V und SGB XI im Sinne eines Präventions- und Versorgungsgesetzes, oder durch eine neue sektorenübergreifende und ergebnisorientierte Vergütungssystematik lassen alle Parteien außen vor. Damit wird die Chance vertan, statt kleinteiliger Reformen eine grundlegende Änderung der Gesetzgebung anzustreben.

² Diese Idee ist nicht neu, das Konzept einer genossenschaftlichen Krankenversicherung findet sich bspw. bereits bei Henke, Klaus-Dirk (2007): „Wege zu einer neuen oder aus der Dualität von GKV und PKV.“

2. Quick Check: Analyse der Partei-Positionen und deren Gemeinsamkeiten

Quick Check: Analyse der Parteipositionen und deren Gemeinsamkeiten	CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ DIE GRÜ- NEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW	Volt
(Ambulante) Gesundheitsversorgung und Zugang zu Leistungen								
Hausärzt:innen als erste Anlaufstelle für Patient:innen stärken	✓	✓	-	✓	-	-	✓	✓
Bessere Terminkapazitäten für GKV-Patient:innen	-	✓	✓	-	-	-	-	-
Geschlechtsspezifische medizinische Versorgung fördern	✓	-	✓	✓	-	-	-	✓
Versorgungszentren/ Gesundheitskioske etablieren	-	✓	✓	-	-	✓	-	✓
Regionale Versorgungsnetze fördern	-	✓	✓	-	-	✓	-	✓
Sektorenübergreifende Versorgung stärken	✓	✓	✓	✓	-	✓	✓	✓
Den Zugang zu aktiver Sterbehilfe erleichtern	X	-	-	✓	X	-	-	-
Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren (§ 218 StGB streichen)	X	✓	✓	(✓)	X	✓	✓	✓
Stationäre Versorgung und Krankenhausreform								
Korrektur der Krankenhausreform	✓	-	✓	-	-	-	✓	✓
Fallpauschalen in der Krankenhausvergütung abschaffen	-	-	-	-	✓	✓	-	-
Ablehnung der Privatisierung von KH	-	-	-	-	✓	✓	✓	-
Pflege								
Pflegevollversicherung etablieren	-	-	-	-	-	✓	✓	-
Eigenanteile in der Pflege durch staatliche Unterstützung senken	-	✓	-	-	-	✓	✓	-
Die häusliche Pflege stärken	✓	-	-	-	✓	-	✓	-
Eigenverantwortliche Vorsorge fördern	✓	✓	-	✓	-	X	X	-
Bessere Vereinbarkeit von Pflege/Beruf für pflegende Angehörige	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	-
Pflege- und Gesundheitsberufe								
Kompetenzerweiterung für Gesundheitsberufe	-	✓	✓	-	-	-	-	✓

**Quick Check: Analyse der Parteipositionen
und deren Gemeinsamkeiten**

	CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ DIE GRÜ- NEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW	Volt
Verstärkte Anwerbung von ausländischen Fachkräften	✓	-	-	✓	X	-	X	-
Rückkehr-Offensive für Fachkräfte	-	-	✓	✓	✓	✓	-	-
Tarifgebundene Gehälter	-	✓	-	-	-	✓	-	-
Gesundheitspolitik und Finanzierung								
Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen	X	✓	✓	X	X	✓	✓	✓
Beitragsbemessungsgrenze in der GKV reformieren/abschaffen	-	-	✓	X	-	✓	-	✓
Hausärztliche Leistungen entbudgetieren	-	✓	-	✓	✓	-	-	-
Einfluss von Finanzinvestoren im Gesundheitswesen begrenzen	-	-	✓	-	✓	✓	-	-
Versicherungsfremde Leistungen v.a. über Steuermittel finanzieren	-	✓	✓	-	-	-	✓	✓
Beiträge von Bürgergeldempfänger:innen durch den Bund finanzieren	-	-	✓	-	✓	-	✓	-
Prävention, öffentliche und mentale Gesundheit								
Den Zugang zu psychotherapeutischen Angeboten verbessern	-	✓	✓	✓	-	✓	-	✓
An der Cannabis-Legalisierung festhalten	X	✓	✓	✓	X	✓	-	✓
Bessere Vorbereitung auf zukünftige Bedrohungen/Katastrophen	-	✓	✓	-	-	-	-	✓
Aufarbeitung von Corona-Maßnahmen	-	-	-	-	✓	-	✓	-
Digitalisierung								
Ausbau der Datennutzung für Forschung und Versorgung	✓	-	✓	✓	X	X	X	-
Pharmazie und Arzneimittel								
Produktions-/Standortbedingungen für Pharmaunternehmen verbessern	✓	✓	-	✓	✓	X	X	✓

3. Detaillierte Übersicht zu den Wahlkampfthemen im Gesundheitswesen

(Ambulante) Gesundheitsversorgung und Zugang zu Leistungen

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW	Volt
<p>Die CDU fordert eine stärkere Steuerungsfunktion der Hausarztpraxen für Patient:innen. Diese soll zu einer besseren Koordination der Behandlungsabläufe beitragen und Wartezeiten senken. Gleichzeitig soll die sektorenübergreifende Versorgung vorangetrieben werden. Sie will die Geburtshilfe und medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen zukunftsfest umgestalten und die geschlechtsspezifische Medizin als eigenes Aufgabengebiet vorantreiben.</p>	<p>Die SPD will eine Termingarantie der GKV und KVen durchsetzen, sodass gesetzlich Versicherte genauso schnell wie Privatversicherte einen Termin erhalten (bei Nichteinhaltung Anspruch auf Beitragsreduzierungen). Die Budgetierung von Hausärzt:innen soll wegfallen und die Gründung kommunaler MVZ erleichtert werden. Die SPD setzt auf regionale Versorgungsnetzwerke und sektorenübergreifende Versorgung fördern. Der Zugang zu Versorgungsangeboten für vulnerable Gruppen soll bspw. durch Gesundheitskioske verbessert werden. Gezielte Lösungen sollen für Krankheiten wie Endometriose, Themen rund um Geburt und Wechseljahre entwickelt werden.</p>	<p>Die Grünen planen einen Sprechstundenanteil für gesetzlich Versicherte. Zudem sollen Vertragsärzt:innen von unnötiger Bürokratie entlastet werden. Sie wollen Projekte zur Ursachenforschung bei ME/CFS und Long-COVID finanzieren und dafür sorgen, dass „Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis [...] geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit zwingend berücksichtigen“. Die Trennung der Finanzsysteme von ambulanter und stationärer Versorgung soll überwunden und die Verteilung von Niedergelassenen enger mit der Krankenhausplanung der Länder verknüpft werden. Sie befürworten regionale Verbünde (Gesundheitsregionen) und gemeinsame Versorgungszentren.</p>	<p>Die FDP setzt auf ein Primärärztsystem von Haus- und Kinderärzt:innen als erste Anlaufstelle und will eine Entbudgetierung für Hausärzt:innen erreichen. Sie fordert eine bessere finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlungen und eine Verbesserung der Frauengesundheit durch geschlechtsspezifische Versorgung und Erforschung von Krankheiten wie z.B. PCOS, Lipödem oder Brustkrebs. Ungewollt Schwangeren will die FDP z.B. durch einen verbesserten Zugang zu medikamentösen Abbruchmethoden helfen. Künstliche Sektorenbarrieren zwischen ambulantem und stationärem Raum sollen abgebaut und die Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickelt werden.</p>	<p>Die AfD fordert, die Rationierung ärztlicher Leistungen durch den Zwang, Behandlungen ohne Vergütungsanspruch zu erbringen, zu beenden. Ungesteuerter Leistungsausweitung soll mit Bonus-/Rückvergütungssystemen begegnet werden. Im ländlichen Raum sollen finanzielle und organisatorische Hilfen für niedergelassene Ärzt:innen entwickelt werden. Die AfD lehnt alle Bestrebungen, Abtreibungen zu einem Menschenrecht zu erklären, ab. Sie soll die absolute Ausnahme bleiben (z.B. bei kriminologischer oder medizinischer Indikation). Stattdessen sollen Möglichkeiten der anonymen/vertraulichen Geburt ausgebaut werden.</p>	<p>Die Linke fordert eine flächendeckende, barrierefreie und bedarfsgerechte Versorgung und setzt dabei auf kommunale Versorgungszentren als zentrale Anlaufstelle für Patient:innen. Sie befürwortet eine (Teil-)Finanzierung der künstlichen Befruchtung auch bei unverheirateten/lesbischen/queeren Paaren und will für mehr Selbstbestimmung bei der Geburt eintreten. Die Linke fordert den Bund auf, sektorenübergreifende Behandlung und regionale Grundversorgung verlässlich und ausreichend zu finanzieren.</p>	<p>Das BSW will eine höhere Vergütung für Hausärzt:innen als Ansprechpartner der Patient:innen durchsetzen. Der geplante Wegfall der PKV soll nicht zulasten der Niedergelassenen gehen. Die kommunale Ebene soll bei Planung und Organisation der Pflege- und Gesundheitsversorgung gestärkt und die Privatisierung „zurückgedrängt werden“. Das BSW fordert, notwendigen Zahnersatz und Sehhilfen vollständig durch die GKV zu finanzieren.</p>	<p>Volt will die ambulante Versorgung durch multiprofessionelle „Regionaler Versorgungszentren“ (RVZ) und eine hausarztzentrierte Versorgung als erste Anlaufstelle stärken. Alle Versorgungsangebote sollen zukünftig regional und bedarfsspezifisch geplant werden. Mobile Einheiten sollen die ländliche Versorgung sicherstellen. Die geschlechtergerechtere Medizin soll gefördert und Menschen mit postinfektiösen Erkrankungen besser unterstützt werden.</p>

Stationäre Versorgung und Krankenhausreform

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW	Volt
Die CDU fordert, dass die Planungshoheit der Länder unberührt bleibt. Fehlsteuerungen in Folge der Krankenhausreform will sie korrigieren.	(-)	Die Grünen wollen die Krankenhausreform nachbessern und private Krankenversicherungen an den Kosten beteiligen.	Die FDP plant, spezialisierte bzw. bessere Angebote vorzuhalten, die Kostenentwicklung zu bremsen und gleichzeitig Ärzt:innen und Pflegekräfte zu entlasten.	Die AfD sieht die anstehende Krankenhausreform als nicht zur Problemlösung geeignet. Sie verfolgt die Abschaffung der Fallpauschalen und die Rückkehr zu individuellen Budgetvereinbarungen zwischen Krankenhäusern und dem GKV-Spitzenverband. Sie lehnt die Privatisierung von Akutkrankenhäusern ab.	Die Linke sieht eine Finanzierung der Betriebskosten von Krankenhäusern durch die Krankenkassen vor. Zusätzlich sollen Fallpauschalen vollständig abgeschafft werden. Dies soll Gewinne bzw. Verluste weitgehend unmöglich machen und einen Interessenverlust privater Betreiber:innen zur Folge haben. Ihr Plan ist, aufgegebene Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand zu überführen. Zudem fordert sie Bund und Länder dazu auf, nachhaltig in die Krankenhäuser zu finanzieren.	Das BSW will die Krankenhausreform rückgängig machen. Krankenhausschließungen und -privatisierungen lehnt sie ab. -Geburtskliniken und Hebammen-geführte Kreisläufe sollen wohnortnah zur Verfügung stehen	Volt will ein einheitliches Vergütungssystem durch die Verknüpfung von Vorhaltefinanzierung, Komplex- und Fallpauschalen, um Fehlanreize zu vermeiden. Kleine Krankenhäuser sollen in regionale Versorgungszentren umgewandelt und in den ambulanten Sektor integriert werden.

Pflege- und Gesundheitsberufe

DU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW	Volt
<p>Die CDU möchte mit Hilfe von planbaren Einsatzzeiten, Springerpools, neuen Berufsbildern und Anwerbungen im Ausland die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte attraktiver gestalten. Zudem will sie den Einsatz multi-professioneller Teams unterstützen und Dokumentationsprozesse vereinfachen.</p>	<p>Die SPD setzt auf eine bundeseinheitliche und bedarfsgerechte Personalausstattung für alle Beschäftigtengruppen sowie tarifgebundene Gehälter. Sie sieht zudem eine Erweiterung der Befugnisse von Pflegekräften vor und setzt ebenfalls auf die Anwerbung und Integration von ausländischen Fachkräften. Eine kostenfreie und wohnortnahe Ausbildung unter einheitlichen Standards, eine verlässliche und faire Vergütung sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten sollen die Ausbildungs- und PJ-Bedingungen verbessern. Zudem will die SPD das Advanced Practice Nursing (APN) und das Konzept der Gemeindegeschwester vorantreiben.</p>	<p>Die Grünen fordern mehr Kompetenzen für Gesundheitsberufe, verfolgen die Umsetzung höherer Personalschlüssel und streben eine bessere Arbeitsteilung und Zusammenarbeit zwischen den Berufsgruppen auf Augenhöhe an. Auch die Ausbildungsbedingungen für Auszubildende sollen verbessert und für die Pflegeassistenten vereinheitlicht werden. Sie planen, Fachkräfte mit einer Rückkehr-Offensive zurückzugewinnen. Zusätzlich sollen die Arbeitsbedingungen für Hebammen besonders im Krankenhaus attraktiver gestaltet werden und zusätzliche Programme für Gemeindegeschwester/innen/„Medizin auf Rädern“ geschaffen werden.</p>	<p>Die FDP will sowohl im Inland als auch im Ausland mehr Pflegekräfte gewinnen. Hierzu soll das Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte vereinfacht werden. Zur Entlastung des Pflegepersonals setzen sie auf digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik.</p>	<p>Die AfD lehnt Pflegekammern sowie die Abschaffung des Heilpraktikerberufs ab, fordert allerdings eine Nachbesserung des Heilpraktikergesetzes. Pflegepersonal aus dem Ausland soll uneingeschränkt (fachlich und sprachlich) dem deutschen Standard genügen. Sie strebt zudem eine Ausweitung des Studienplatzangebotes für Zahn- und Humanmedizin an, die Plätze sollen vorrangig an Bewerber:innen mit deutscher Staatsangehörigkeit vergeben werden.</p>	<p>Die Linke fordert flächendeckende Entlastungstarife sowie bessere Arbeitsbedingungen und eine Rückwerbe- und Ausbildungskampagne für Pflegekräfte und weitere Beschäftigte im Gesundheitswesen. Gesundheitsberufe sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und versorgen können. Outsourcing, um Löhne zu drücken oder Tarifverträge zu umgehen soll unterbunden werden. Zudem will sie für eine Regulierung der Beschäftigungsverhältnisse ausländischer Arbeitskräfte in der „24-Stunden Betreuung“ eintreten und die Ausbeutung jener verhindern.</p>	<p>Das BSW will mehr Medizinstudien- und Ausbildungsplätze für Psychotherapeut:innen schaffen und mehr Pflegepersonal ausbilden sowie durch eine bessere Bezahlung die Arbeitsbedingungen verbessern. Die Ausbildung zur Kinderkrankenpflege soll wieder aufgenommen werden.</p>	<p>Volt will Heilberufe (Physio-, Ergo-, Psychotherapie und Geburtshilfe) durch bundesweite Standards und interdisziplinäre Lerneinheiten stärken und fordert ein Antrags- und Stimmrecht der Berufe im G-BA. Kliniken, welche aus- und weiterbilden, sollen eine höhere Vergütung erhalten.</p>

Pflege

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW	Volt
<p>Zur Finanzierung der Pflege wird auf einen Mix bestehend aus gesetzlicher Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung, Steuermitteln und eigenverantwortlicher Sorge gesetzt. Die häusliche Versorgung Pflegebedürftiger steht bei der CDU im Mittelpunkt, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf soll unter anderem durch ein flexibles Pflegebudget gestärkt werden. Bezahlbare Pflegezusatzversicherungen könnten die Finanzierungslücke schließen und eine enge Verzahnung von MD und Heimaufsicht soll Doppelstrukturen vermeiden. Zudem setzt die CDU auf einen Abbau von Sektorengrenzen durch neue Wohn- und Betreuungsformen. Die aktive Sterbehilfe wird von der CDU abgelehnt, stattdessen soll das Angebot der Hospiz- und Palliativversorgung ausgebaut werden.</p>	<p>Die SPD fordert ein solidarisch finanziertes Pflegesystem, bei welchem private Pflegeversicherungen in den RSA zwischen allen Pflegekassen einbezogen werden. Hohe Eigenanteile in der stat. Langzeitpflege sollen durch einen „Pflege-Deckel“ auf 1.000€ pro Monat reduziert werden. Investitionskosten für Heime sollen nicht mehr vollständig auf Bewohner:innen umgelegt werden dürfen und die Bürokratie abgebaut werden. Mehr Zeitsouveränität für pflegende Angehörige soll durch Familienpflegezeit/-geld erreicht werden. Außerdem will die SPD die Bevorzugung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen bei der Vergabe von sozialem Wohnraum durchsetzen und (digitale) Beratungsangebote für diese Personengruppen ausbauen.</p>	<p>Die Grünen fordern wie die SPD einen Ausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung und den bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Ein weiteres Ziel ist der Ausbau von Angeboten vor Ort und eine Herausforderung der Pflegebedürftigkeit zu erreichen. Sie streben eine flexiblere Kombinationsmöglichkeit von Leistungen für Pflegebedürftige an und wollen sie finanziell entlasten. Der Zugang zur Tagespflege soll verbessert und ausgebaut werden. Finanzielle Entlastung für pflegende Angehörige soll in Form eines zeitlich begrenzten Ausgleichs der entgangenen Einkünfte erfolgen, mehrere Personen sollen sich die Pflege teilen können und berufliche Freistellungen flexibler möglich gemacht werden.</p>	<p>Eine Entlastung pflegender Angehöriger plant die FDP mithilfe von besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch die Situation und Bedürfnisse pflegender Kinder und Jugendlicher soll stärker in den Fokus rücken und niederschwellige Beratungsangebote ausgebaut werden. Finanziell fordert die FDP eine Diversifizierung, zur Stabilisierung der Beitragssätze soll die soziale Pflegeversicherung um eine kapitalgedeckte Komponente ergänzt werden. Zudem verfolgt sie die Gleichbehandlung betrieblicher Pflegevorsorge und Betriebsrente und will Anreize für die private Pflegevorsorge schaffen. Die FDP befürwortet das Recht auf selbstbestimmtes Sterben und fordert, Sterbehilfe zukünftig rechtssicher in Anspruch nehmen zu können.</p>	<p>Die AfD fordert, die häusliche Pflege höher finanziell zu honorieren und pflegende Angehörige bei Krankheit oder Urlaubswunsch durch verbesserte ambulante sowie ausgeweitete, befristete stationäre Angebote zu unterstützen. Sie lehnt die Möglichkeit zur Sterbehilfe ab und fordert stattdessen alle Möglichkeiten der palliativmedizinischen Behandlung zu nutzen.</p>	<p>Die Linke will eine Pflegevollversicherung durchsetzen, die alle pflegerischen Leistungen abdeckt und keine Eigenanteile aufkommen lässt. Diese Vollversicherung soll zudem wohnortnahe, nichtkommerzielle professionelle Tages- und Kurzzeitpflege sowie Entlastungsangebote abdecken. Die Linke verfolgt das Ziel, die Finanzierung der Pflege auf Kostendeckung auszurichten und Pflegekonzerne aus der stationären Pflege zu verdrängen, um die Einrichtungen in öffentliche Hand zu überführen. Alle pflegenden Angehörigen sollen Geldleistungen und Rentenpunkte erhalten und bei erstmaligem Auftreten eines Pflegefalls in der Familie das Recht auf 6 Wochen Freistellung bei vollem Lohnausgleich durch den Arbeitgeber haben.</p>	<p>Das BSW strebt eine Pflegevollversicherung an, die überwiegend aus Steuermitteln finanziert wird. Eigenanteile für Heimbewohner:innen sollen deutlich gesenkt werden. Das Pflegegeld soll erhöht werden und pflegende Angehörige adäquat entlohnt werden durch eine Orientierung an der Entlohnung, die professionell Pflegenden erhalten. Palliativmedizin, Versorgung mit Hospizen und stationäre Pflege sollen gefördert werden.</p>	<p>Volt will Betreuungsangebote für Pflegebedürftige ausbauen.</p>

Gesundheitspolitik und Finanzierung

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW	Volt
<p>Die CDU will den Kassen-Wettbewerb stärken und mehr Effizienz beim Einsatz von Beitragsgeldern erreichen.</p>	<p>Die SPD will zukünftig eine solidarische Bürgerversicherung etablieren, bei dem auch die privaten Versicherungen zum RSA beitragen und somit eine Stärkung des beitragsfinanzierten Umlagesystems erreicht wird. Das Ziel ist ein einheitliches und einfaches Vergütungssystem, das gleichzeitig die Vorhaltekosten der Leistungserbringer absichert. Versicherungsfremde Leistungen sollen künftig verstärkt aus Steuermitteln finanziert werden.</p>	<p>Die Grünen wollen hin zu einer Bürgerversicherung und dabei eine Reform der Beitragsbemessung erreichen. Kapitaleinkommen sollen hinzugezogen und die Mindestbemessungsgrenze reformiert werden. Versicherungsfremde Leistungen sollen reduziert werden. Sie planen eine Finanzierung der Rentenbeiträgen von pflegenden Angehörigen und der Beiträge von Bürgergeldempfänger:innen durch den Staat. Der Einfluss von Finanzinvestor:innen soll begrenzt und öffentliche, gemeinnützige Träger gestärkt werden.</p>	<p>Die FDP lehnt die Einführung einer Einheitskasse ab, hält am dualen System fest und will die Wechsel- und Wahlfreiheit der Versicherten stärken. Zudem sollen alle Leistungsausweitungen der letzten 10 Jahre Evidenz-, Effizienz- und Wirtschaftlichkeits-checks unterzogen werden, um ungenügende Leistungen zu streichen.</p>	<p>Die AfD fordert die beitragsfreie Mitversicherung der Bürgergeldempfänger:innen zukünftig vollständig aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Zudem soll eine Senkung der hohen Verwaltungskosten durch Vereinfachung der aufgesplitterten Selbstverwaltungsstrukturen erfolgen.</p>	<p>Die Linke plant den Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze und fordert Beitragserhebungen auf Einkommen aus Kapitalerträgen und anderen Einkommensarten. Privatversicherte sollen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden. Sie fordert einen Stopp von Investitionen und teurem Weiterverkauf durch private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private Equity) von Pflegeeinrichtungen und MVZ.</p>	<p>Das BSW plant die Einführung einer Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, in die alle Bürger:innen nach ihrem Einkommen einzahlen. Ziel ist die Abschaffung der Zusatzbeiträge und dauerhaft geringere Beiträge. Versicherungsfremde Leistungen sollen über Steuern finanziert werden (z.B. Beiträge von Bürgergeld-Empfänger:innen). In der PKV sollen Altersrückstellungen beim Anbieterwechsel übertragbar sein.</p>	<p>Volt strebt eine Konsolidierung der Krankenkassen in vier bundesweite Kassen an und hat das langfristige Ziel einer europäischen Krankenversicherung, in die alle einzahlen. Die Krankenkassen sollen als gemeinnützige Genossenschaften unter einheitlicher Vertretung durch den GKV_SV (auch auf Landesebene) verfasst werden, Verwaltungsräte aufgelöst und die Mitbestimmung durch den Erwerb von Genossenschaftsanteilen die Sozialwahlen ersetzen. Kranken- und Pflegeversicherung sollen fusionieren und die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung angehoben werden. Nicht-evidenzbasierte Leistungen (z.B. Homöopathie) werden von der GKV-Finanzierung ausgeschlossen.</p>

Prävention, öffentliche Gesundheit und mentale Gesundheit

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW	Volt
<p>Die CDU will ambulante und stationäre Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen bedarfsgerecht verbessern, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Präventionsangebote sollen in allen Lebensbereichen verbessert werden, um Menschen in ihrer Eigenverantwortung und Gesundheitskompetenz zu stärken. Die Cannabis-Legalisierung will die CDU zurücknehmen.</p>	<p>Die SPD will besser auf zukünftige Ereignisse wie z.B. eine erneute Pandemie vorbereiten. Zudem hat sie das Ziel, dass alle Menschen, die eine Psychotherapie benötigen, zügig einen Therapieplatz erhalten. Die ePA soll als „persönlicher Gesundheitsberater für Versicherte“ auch für die Prävention genutzt werden und die Präventionsangebote zu Sucht und psychischen Erkrankungen durch niederschwellige (digitale) Angebote und Schulkampagnen ausgebaut werden. Zudem sollen verbindliche Ziele zur Reduktion ungesunder Inhaltsstoffe in Lebensmitteln festgehalten werden. Sie fordern strengere Regulierungen, Wettbewerbsbeschränkungen und Altersgrenzen für Drogen.</p>	<p>Die Grünen wollen den ÖGD stärken und das Gemeinwesen besser auf Bedrohungen vorbereiten (u.a. Vorrat mit Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie regelmäßige Katastrophenschutzübungen). Sie streben einen Bund-Länder-Pakt für mentale Gesundheit an und wollen niederschwellige Zugänge zu psychosozialen und therapeutischen Angeboten ermöglichen. Außerdem sollen Kinder vor Werbung durch ungesunde Lebensmittel geschützt werden und Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks eingeführt werden. Die Grünen halten an dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften weiter fest und wollen gleichzeitig Angebote für Prävention, Therapie und Schadensminderung ausbauen.</p>	<p>Die FDP fordert eine Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen und will niedrigschwellige, digitale Angebote schaffen. Die Wartezeit auf einen Therapieplatz soll auf unter 4 Wochen verkürzt werden und die Suizidprävention ausgebaut werden. Die Präventionsstrategie der FDP setzt auf Digitalisierung, z.B. durch Apps, Telemedizin und Wearables (für die nutzen den Versicherten reduzierter Zusatzbeitrag). Sie will die Prävention auch bei Suchtmitteln in den Fokus rücken. An der Cannabis-Legalisierung hält die FDP fest und will Aufklären anstatt zu Kriminalisieren.</p>	<p>Die AfD strebt eine Reformation der Finanzierung der WHO an, den WHO-Pandemievertrag lehnt sie ab. Sollte eine Reform nicht möglich sein, befürwortet sie den Austritt Deutschlands aus der WHO. In Bezug auf Impfungen sieht sie eine Beweiserleichterung für den Nachweis von Impfschäden vor und betont das Grundrecht auf Selbstbestimmung und die körperliche Unversehrtheit. Die AfD sieht in der Cannabis-Legalisierung einen Fehler, der korrigiert werden muss. Die suchtpsychiatrische Versorgung will sie ausbauen.</p>	<p>Die Linke spricht sich für die gezielte Bereitstellung von Geldern aus, um Forschung zu öffentlicher Gesundheit und die nichtkommerzielle klinische Forschung zu fördern. Sie sieht eine Reform der Bedarfsplanung für vertragstherapeutische Kassensitze und der Ausbildungsfinanzierung und -vergütung vor. Zudem will sie eine Stärkung von Präventions-, Beratungs- und Hilfsangeboten durchsetzen. Die Linke bestrebt ein Werbe-/Sponsoringverbot für Tabak, Alkohol, andere Drogen und Glücksspiel. Sie setzt auf die Entkriminalisierung von Drogen und die Legalisierung von Cannabis. Parallel sollen Aufklärungskampagnen anlaufen und der organisierten Kriminalität der Kampf angesagt werden.</p>	<p>(-)</p>	<p>Volt nimmt den Klimaschutz auch in der Gesundheitspolitik in den Blick und fordert zukünftig eine Hitze-strategie und die Reduktion weiterer Umweltrisiken. Die Resilienzförderung im Gesundheitswesen wird u.a. durch internationale Pandemiefor-schung gestärkt. Volt will Maßnahmen gegen die Vereinsamung in der Gesellschaft treffen und den Ausbau psychosozialer Angebote fördern. Eine Anpassung der Bedarfsplanung für Psychotherapie soll den Zugang zu Angeboten erleichtern. Im Bereich der öffentlichen Gesundheit sollen tägliche Bewegung in Schulen und kostenlose kommunale Sportprogramme für Erwachsene und eine Steuer auf Zucker eingeführt werden. KK-Bonusprogramme sollen gefördert und erweitert werden, um Anreize zu regelmäßiger Bewegung zu setzen. Volt hält an der Cannabis-Legalisierung fest und strebt eine Entkriminalisierung psychoaktiver Substanzen an und will eine verstärkte Suchprävention bei Glücksspiel und Social Media.</p>

Digitalisierung im Gesundheitswesen

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW	Volt
Die CDU will die Digitalisierung in Arztpraxen und ambulanter Versorgung gezielt unterstützen. Die Weitergabe der persönlichen Gesundheitsdaten für klinische Studien soll freiwillig erfolgen.	Die SPD fordert den Ausbau von KI-gestützter Dokumentation und den digitalisierten Datenaustausch zur Unterstützung bei der Erforschung neuer Therapien. Die Zusammenarbeit zwischen den Sektoren soll durch den Einsatz von Telemedizin und Telepharmazie verbessert werden.	Die Grünen betonen: „Unnötige Bürokratie, die heutzutage digital und effizienter laufen könnte, muss abgebaut und der Nutzen für Patient*innen erhöht werden, auch durch den Einsatz künstlicher Intelligenz.“	Die FDP will unnötige Bürokratie abbauen und die Digitalisierung vorantreiben.	Die AfD lehnt die Schaffung einer zentralen Datenbank mit Anbindung von Kliniken/Praxen/Psychotherapeut:innen/Apotheken zur Speicherung vertraulicher Patientendaten ab. Stattdessen sieht sie die Speicherung eines Notfalldatensatzes bestehend aus Medikamentenplan und Patientenverfügung auf der Gesundheitskarte vor.	Die Linke fordert, dass die elektronische Patientenakte konsequent auf die Verbesserung der Behandlung ausgerichtet sein soll und keine großen Datenmengen ohne das Wissen der Patient:innen auch für kommerzielle Player freigegeben werden. Zudem soll eine wissenschaftliche Bewertung für DiGAs erfolgen.	Das BSW sieht die ärztliche Schweigepflicht als Grundvoraussetzung, an der sich alle Bemühungen um eine Digitalisierung orientieren sollen.	Volt will telemedizinische und -psychotherapeutische Angebote ausbauen. Außerdem soll eine Kooperation für sektorenübergreifende digitale Kommunikation unter Leitung der gematik geschaffen werden mit einheitlichen Kommunikations- und Dokumentationsstandards in der ePA.

Pharmazie und Arzneimittel

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FDP	AfD	Die Linke	BSW	Volt
<p>Die CDU fordert eine Apothekenreform zur Stärkung der Präsenzapotheken. Die Standort- und Wettbewerbsbedingungen für Pharma- und Gesundheitswirtschaft in Deutschland will sie verbessern und die Entwicklung neuer Produkte erleichtern, z.B. durch schnellere Zulassungsverfahren. Sie sieht eine Sicherung der Lieferketten auch bei der Grundversorgung vor und will die Entwicklung von Reserveantibiotika, Impfstoffen und Forschung an Kinderarzneimitteln sowie die Krebstherapie verbessern.</p>	<p>Die SPD will Liefersicherheiten für alle Arzneimittel und setzt dabei auf eine stärkere Produktion von Arzneimitteln in Deutschland und Europa. Zudem fordert die SPD die Möglichkeit für Krankenkassen und andere nationale/europäische Akteure, größere Mengen an Therapien über längere Zeiträume einkaufen zu dürfen. Sie verfolgt das Ziel von personalisierten Therapiemöglichkeiten für Prävention und Behandlung zu erschwinglichen Preisen.</p>	<p>Die Grünen planen eine Reform der Apotheken-Finanzierung.</p>	<p>Die FDP will den Produktions- und Forschungsstandort Deutschland stärken. Dazu soll ein frühzeitiger Zugang zu nutzenbringenden und innovativen Arzneimitteln ermöglicht werden, z.B. durch ein beschleunigtes Zulassungsverfahren. Sie will die Regeln der Nutzenbewertung und Preisverhandlungen überprüfen und Therapieerfolge besser vergüten.</p>	<p>Die AfD plant den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten nicht mehr zuzulassen. Sie befürwortet die Rückverlagerung der pharmazeutischen Produktion nach Deutschland und in sichere Herkunftsländer. Der Arzneimittelgroßhandel in Deutschland soll dazu verpflichtet werden, mind. die Menge der durchschnittlichen zwei Monatsbedarfe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln vorzuhalten.</p>	<p>Die Linke will den Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen und hin zu mehr öffentlicher Kontrolle über Arzneimittelforschung. Sie fordert eine EU-einheitliche Festlegung der Preise.</p>	<p>(-)</p>	<p>Volt will zukünftige Lieferengpässe durch eine Rückverlegung der Arzneimittelproduktion nach Europa vermeiden. Sie fordern ein neues, aufwandsorientiertes Vergütungsmodell für Apotheken und wollen durch europaweite Preisanpassungen Arzneimittelverschiebungen verhindern. Wettbewerbs- und Rabattregulierungen und eine Anpassung der Medikamentenmengen an den tatsächlichen Gebrauch soll Überverbrauch reduzieren und Umweltbelastungen senken.</p>

4. Fazit zu gesundheitspolitischen Vorhaben aus den Wahlprogrammen

CDU/CSU

Die CDU/CSU setzt auf Effizienz im Gesundheitswesen und möchte den Wettbewerb zwischen Krankenkassen fördern, ohne das duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung abzuschaffen. Fehlsteuerungen infolge der Krankenhausreform sollen korrigiert werden – welche das sind und was konkret verbessert werden soll, wird nicht benannt. Der Abschnitt „Pflege zukunftsfest machen“ nimmt einen großen Teil ein und setzt damit einen Fokus für die gesundheitspolitischen Vorhaben der CDU/CSU. Sie legt Wert auf häusliche Betreuung und möchte ein Pflegebudget einführen, das flexibel eingesetzt werden kann. Die Lücke in der Finanzierung der Pflege soll u. a. durch private Pflegezusatzversicherungen geschlossen werden. Hausärzt:innen sollen eine stärkere Rolle in der Steuerung der Patientenversorgung übernehmen, u.a. um Wartezeiten zu verkürzen. Die Union möchte bessere Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen schaffen und die Gesundheit von Frauen stärker in den Fokus nehmen. Apotheken sollen gestärkt werden, wie auch die Pharma- und Gesundheitswirtschaft. Das Cannabis-Gesetz der Ampel soll wieder abgeschafft werden.

SPD

Die SPD strebt die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung an. Versicherungsfremde Leistungen sollen künftig aus Steuermitteln finanziert werden. Regionale Versorgungsnetzwerke, Gesundheitskioske und mehr Kooperation zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen sollen die Versorgung verbessern. In der ambulanten Versorgung soll eine Termingarantie für gesetzlich Versicherte und die Entbudgetierung von Hausärzt:innen eingeführt werden. Die Attraktivität der Gesundheitsberufe soll durch bundeseinheitliche Personalausstattung, tarifgebundene Gehälter und Kompetenzerweiterung für die Pflege gestärkt werden. Die bereits angestoßenen Reformen im Rettungsdienst und der Notfallversorgung sollen umgesetzt werden. Zukünftig soll ein gemeinsam finanziertes Pflegesystem gelten und die Eigenanteile in der Pflege sinken. Die SPD plant einen Pflege-Deckel, um die finanziellen Belastungen in der stationären Langzeitpflege auf maximal 1000 €/ Monat zu reduzieren, und möchte pflegende Angehörige stärker unterstützen. Wie diese Finanzierung umgesetzt werden soll, bleibt unklar.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen wollen, wie auch die SPD, eine Bürgerversicherung unter Einbeziehung aller Einkommensarten und einer Reform der Beitragsbemessung einführen. Sie streben einen Abbau sektoraler Barrieren zwischen ambulanter und stationärer Versorgung an und setzen auf regionale Verbände, die „Gesundheitsregionen“. In der hausärztlichen Versorgung wollen sie Sprechstundenanteile für gesetzlich Versicherte durchsetzen. Die Digitalisierung, etwa durch Telemedizin und KI, soll zur Verbesserung der Patientenversorgung genutzt werden. Für die Gesundheitsberufe sollen höhere Personalschlüssel umgesetzt und eine Kompetenzerweiterung ermöglicht werden. Prävention und innovative Pflegeformen stehen im Mittelpunkt, um Pflegebedürftigkeit zu verzögern. Zudem sollen flexiblere Leistungskombinationen ermöglicht werden, z.B. in Form eines

„Pflegebudgets“ und Angehörige finanziell unterstützt werden. Wie auch bei der SPD soll langfristig eine „Pflegebürgerversicherung“ eingeführt werden. Es bleibt unklar, wie die geplanten Leistungen in der Pflege refinanziert werden sollen.

FDP

Die FDP lehnt eine Einheitskasse (sog. Bürgerversicherung) ab und setzt auf die Beibehaltung des dualen Systems. Sie fordert eine Überprüfung von Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Leistungen, welche diesen Prinzipien nicht entsprechen, sollen gestrichen werden. Finanzielle Eigenvorsorge soll gestärkt und Verwaltung vereinfacht werden. Eigenverantwortung in der Prävention und ambulante Versorgung stehen im Fokus, beispielsweise durch Apps und Wearables. Die geringeren Kosten digitaler Angebote sollen den Krankenkassen ermöglichen, Versicherten einen reduzierten Zusatzbeitrag anzubieten. Zudem will die FDP Deutschland als Produktionsstandort für Arzneimittel stärken sowie Zulassungsverfahren und Nutzenbewertung reformieren.

AfD

Die AfD lehnt die Einführung einer Bürgerversicherung ab und betont die Bedeutung von Eigenverantwortung im Gesundheitswesen. Sie will pflegende Familien unterstützen und spricht sich gegen aktive Sterbehilfe aus. Eine zentrale Datenspeicherung von Patient:innendaten wird abgelehnt, lediglich Medikamentenpläne und Patient:innenverfügungen sollen auf der Gesundheitskarte gespeichert werden. Fallpauschalen in der stationären Versorgung sollen abgeschafft und eine Rückkehr zu individuellen Budgetverhandlungen zwischen den Häusern und dem GKV-SV angestrebt werden. Die Hausärzt:innen hingegen sollen entbudgetiert und Niederlassungshilfen für Ärzt:innen im ländlichen Raum etabliert werden. Die Cannabis-Legalisierung sieht die AfD als Fehler an.

Die Linke

Die Linke fordert einen Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze und die Einbeziehung aller Einkommensarten für die Beiträge der GKV. Eine Pflegevollversicherung, die alle Leistungen ohne Eigenanteile abdeckt, soll eingeführt, die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich verbessert und Angehörige unterstützt werden. Kommunale Gesundheitszentren sollen als zentrale Anlaufstelle für Patient:innen ausgebaut werden. Fallpauschalen im stationären Bereich sollen wieder abgeschafft werden. Private Gesundheitseinrichtungen im stationären Bereich (Pflege, KH) sollen wieder in die öffentliche Hand übergehen. Zur Finanzierung der stationären Versorgung und der Übernahme durch öffentliche Träger fehlen jedoch konkrete Vorschläge. Die ePA soll konsequent auf die Verbesserung der Behandlung ausgerichtet sein und nicht ohne Wissen der Patient:innen für kommerzielle Player freigegeben werden.

BSW

Das BSW möchte eine Bürgerversicherung, in die alle Bürger:innen nach ihrem Einkommen einzahlen, einführen. Versicherungsfremde Leistungen sollen steuerfinanziert werden und flankierend eine Pflegevollversicherung geschaffen werden. Das Pflegegeld soll deutlich angehoben und pflegende Angehörige dadurch stärker unterstützt werden. Das BSW sieht Hausärzt:innen als zentrale Ansprechpartner:innen im Gesundheitswesen an und fordert eine höhere Vergütung jener, ohne zu konkretisieren wie die Ausgestaltung und Refinanzierung erfolgen soll. Die Krankenhausreform soll rückgängig gemacht und Krankenhausprivatisierungen gestoppt werden. Das BSW setzt sich für eine sektorenübergreifende Versorgung und die Verstetigung innovativer integrierter Versorgungskonzepte ein, verzichtet jedoch auf die Angabe Rahmenbedingungen zur Ausgestaltung dieser. Konkrete Vorschläge zur Etablierung von Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung fehlen ebenfalls.

Volt

Volt verfolgt als einzige Partei einen genossenschaftlichen Ansatz in der Gesundheitspolitik. Die Krankenkassen sollen zunächst zu vier bundesweiten Kassen mit einheitlicher Vertretung und Aufsicht zusammengefasst und die Mitbestimmung durch den Erwerb von Genossenschaftsanteilen gesichert werden. Zur Vereinfachung sollen Kranken- und Pflegeversicherung zusammengelegt und langfristig eine europaweite Versicherung etabliert werden. Durch die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen konzentrieren sich Volt auf wenige Teilbereiche des Gesundheitssystems. Das bei den anderen Parteien sehr ausführlich diskutierte Thema der Pflege findet dagegen kaum Beachtung. Stattdessen finden sich konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Digitalstrategie durch einheitliche Kommunikationsstandards, Maßnahmen für eine europäisch gedachte Arzneimittelversorgung und eine umfassenden Reform der Notfallversorgung. Ein weiterer Schwerpunkt liegt zudem auf den therapeutischen Berufen, der Psychotherapie und der Geburtshilfe, die durch ein Antrags- und Stimmrecht im G-BA sowie einheitliche Strukturen zur Aus- und Weiterbildung gestärkt werden sollen. Die ambulante Versorgung (auch im ländlichen Raum) soll künftig durch multiprofessionelle „Regionale Versorgungszentren“ (RVZ) erfolgen und die hauspraxiszentrierte Versorgung gestärkt werden. Vorschläge in den Bereichen der Gesundheitsförderung und Prävention arbeiten sie im Gegensatz zu den anderen Parteien stärker heraus.

5. Links zu den Wahlprogrammen

CDU/CSU: <https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf>

SPD: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/Entwurf_Regierungsprogramm_2025.pdf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN: https://cms.gruene.de/uploads/assets/20241216_BTW25_Programmentwurf_DINA4_digital.pdf

AfD: https://www.bundestagswahl-bw.de/fileadmin/bundestagswahl-bw/2025/Wahlprogramme/AfD_Leitantrag-Bundestagswahlprogramm-2025.pdf

Die Linke: https://www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/parteitage/Au%C3%9Ferordentlicher_Parteitag_25/Wahlprogramm_Entwurf.pdf

BSW: <https://bsw-vg.de/bundestagswahl2025/>

Volt: <https://voltdeutschland.org/storage/assets-btw25/volt-programm-bundestagswahl-2025-alt1.pdf>